

Fortschritt und soziale Gerechtigkeit

Halbzeitbilanz der Legislaturziele
der SP/JUSO-Grossratsfraktion
2006–2010



Besser wählen.

klar.sozial

Fortschritt und soziale Gerechtigkeit

Halbzeitbilanz der Legislaturziele
der SP/JUSO-Grossratsfraktion
2006–2010

Vorwort des Fraktionspräsidiums

Die neue Ausgangslage seit den Wahlen, mit der Mehrheit von SP und Grünen in der Regierung und den wechselnden Mehrheiten im Grossen Rat, hat die Fraktionsarbeit der SP/JUSO anspruchsvoller und spannender gemacht. Der gute Kontakt sowie das spürbar bessere Verständnis der Regierung für unsere Anliegen, machen die Zusammenarbeit mit der gesamten Regierung intensiver, konstruktiver und effektiver. Unsere Werthaltung kann vermehrt in die Meinungsbildung einfließen, was sich nicht zuletzt darin manifestiert, dass die Regierung ihre Ziele unter den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung gestellt hat.

Immer wieder wechselnde Mehrheiten

Die Arbeit im Grossen Rat hat sich grundlegend verändert. Die Fronten sind aufgebrochen, es kommt regelmässig zu wechselnden Mehrheiten. Differenzen zwischen der FDP und der SVP erleichtern die Bildung von wechselnden Koalitionen und die christlichen Mitteparteien spielen oft das Zünglein an der Waage. Diese Situation führt zu intensiven Diskussionen im Rat, zu heftigen Debatten und engagiertem Lobbying vor und während den Sessionen. Es kommt nun öfter vor, dass Anliegen der Linken erfolgreich sind und die ständige Verliererposition nur noch eine schmerzhaft Erinnerung ist.

Zwei
spannende Jahre
mit der Regierungsmehrheit
von SP und Grünen

Knappe Entscheide, zum Beispiel bei der Steuerpolitik

Nicht selten fallen knappe Entscheide, besonders bei Finanz- und Steuerfragen, wo sie in den allermeisten Fällen (noch) zu unseren Ungunsten ausgehen. Ein Entgegenkommen der Bürgerlichen für familienfreundlichere Steuern gab es nicht. Im Gegenteil: Entscheide, den Spitzensteuersatz oder die Vermögenssteuer zu senken wurden kompromisslos durchgeboxt. Dies hat SP, Grüne, EVP und die Gewerkschaften dazu bewogen den Volksvorschlag zu ergreifen, welcher Familien und Mittelstand zusätzlich begünstigte, nicht aber die hohen Einkommen. An der Urne siegte schliesslich der Volksvorschlag gegen die Grossratsvorlage. Die Bevölkerung hat die Haltung der Regierung und der linken Minderheit im Parlament bestätigt: Steuersenkungen ja, aber mit Augenmass.

SP als Familienpartei

Die SP Kanton Bern ist die Familienpartei: Das zeigt sie immer wieder klar, zum Beispiel mit ihrem Einsatz für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Einführung von Tagessschulen. Die SP/JUSO-Fraktion machte sich auch von Beginn weg stark für eine angemessene Erhöhung der Familienzulagen. Hier ermöglichte sie dank ihren Anträgen auf eine deutliche Erhöhung einen Kompromiss. Somit steigen die Kinderzulagen ab 1. Januar 2009 von heute 160 auf neu 230 Franken und Ausbildungszulagen von heute 190 auf neu 290 Franken. Ein grosser und schöner Schritt für die Berner Familien, welche bisher mit ihren Zulagen schweizweit auf den hintersten Rängen lagen.

Stimmrechtsalter 16 und koordinierte Massnahmen gegen Jugendgewalt

Ein besonderer Erfolg war die Annahme des Stimmrechtsalters 16 durch den Grossen Rat. Fürs kommunale Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen fand sich aber leider keine Mehrheit, weshalb die SP eine neue Volksinitiative zu diesem Thema mitträgt. Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Jugendgewalt erfolgte dank eines SP/JUSO-Vorstosses: Die Forderung beinhaltet die Anwendung des Vier-Säulen-Prinzips bei der Jugendgewalt analog der Drogenpolitik. Das heisst, es sind Massnahmen bei der Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression vorzusehen.

Energieeffizienz und Energiestrategie

Auch in der Klima- und Energiepolitik hat die SP/JUSO-Fraktion Akzente gesetzt: Mit einer Standesinitiative soll die Förderung der Energieeffizienz vorwärts gebracht werden. Mit mehreren Vorstössen wurde klar kundgetan, dass wir es als Selbstverständlichkeit betrachten, dass sich die in staatlichem Mehrheitsbesitz befindende BKW bei ihren strategischen Entscheiden an der kantonalen Energiestrategie orientiert.

Ausblick

Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die Chancen als ideal, den Kanton Bern in der zweiten Legislaturhälfte weiter nachhaltig zu gestalten. Dabei wollen wir die beiden Schwerpunkte Fortschritt und soziale Gerechtigkeit weiter verfolgen.

Wir machen uns stark für soziale Gerechtigkeit

Konkret heisst dies, die SP/JUSO-Fraktion kämpft weiter für eine Verbesserung der Situation von sozial Schwächeren. Nach wie vor sind Menschen auf die solidarische Unterstützung der Gesellschaft angewiesen. Bei der Sozialhilfe muss aber auch die Bekämpfung des Missbrauchs angemessen angegangen werden. Sozialhilfemissbrauch schadet den wirklich auf Unterstützung angewiesenen Menschen und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Sozialwerke. Die SP/JUSO-Fraktion fordert, dass Personen, welche sich in der Pflege ihrer Angehörigen engagieren, in Zukunft vermehrt Unterstützung und Beratung erhalten.

Für eine Gesellschaft, an der alle teilhaben

Damit eine Gesellschaft nachhaltig funktionieren kann, müssen alle an ihr teilhaben können. Dies bedeutet für die SP/JUSO-Fraktion eine gezielte Integration auf allen Ebenen. Menschen mit einer Behinderung müssen möglichst ohne Hindernisse am Leben teilnehmen können. Für die Integration von MigrantInnen sollen klare Regeln aber auch angemessene Angebote geschaffen werden. Schliesslich ist die Chancengerechtigkeit in der Bildung mit frühzeitiger Unterstützung von Benachteiligten zu fördern und für alle SchülerInnen ist eine produktive Lernsituation zu schaffen. Hier können mit einer integrativen Basisstufe und der Einführung der Schulsozialarbeit wichtige Grundlagen geschaffen werden. Ebenfalls wird die SP/JUSO-Fraktion klar die Harmonisierung der obligatorischen Schule und damit HarmoS mittragen.

*Den Kanton Bern
in den nächsten zwei Jahren
weiterbringen*

Bestmögliche Entwicklung und Entfaltung der Jugend

Die Zukunft unseres Kantons baut auf unserer Jugend, auf ihrem Können und Wissen. Deshalb müssen optimale Möglichkeiten für die Entwicklung und Entfaltung der Jugendlichen geschaffen werden. Dazu gehört die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit aber auch das Thematisieren von Jugendkriminalität. In der zweiten Legislaturhälfte wird die Ausarbeitung und Umsetzung der Vier-Säulen-Strategie gegen Jugendgewalt weiterzuverfolgen sein. Die beste Massnahme zur Verhinderung von Jugendgewalt und jugendlichen Sozialhilfeabhängigen ist für die SP/JUSO Fraktion klar: Es müssen interessante Zukunftsperspektiven für alle Jugendlichen geschaffen werden, zum Beispiel mit genügend Lehrstellen für zukunftsgerichtete Qualifikationen.

Bei der Kulturförderung wird sich die SP/JUSO-Fraktion dafür stark machen, dass sich der Kanton nicht aus der Förderung regionaler Kulturinstitutionen zurückzieht.

Erneuerbare Energien und kein neues AKW im Kanton Bern

Im Energie- und Umweltbereich fordert die SP/JUSO-Fraktion, dass die kantonalen Gebäude in Zukunft mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass die Stromerzeugung der Zukunft nicht auf Technologien der Vergangenheit aufbauen darf. Ein Neubau eines AKWs ist nicht nur ein unkontrollierbares Umweltrisiko, es ist heute auch ein unkalkulierbares Finanzierungsrisiko. Die gigantischen Beträge, welche in die Atomkraft investiert werden würden, müssen in die Förderung von erneuerbaren Energien fliessen. Diese Investition ist zukunftsgerichtet in zweierlei Hinsicht: Einerseits wird eine umweltgerechte Energieversorgung ermöglicht und andererseits wird die regionale Wirtschaft gestärkt, indem Investitionen und Know how in der Region bleiben und Arbeitsplätze schaffen. Begleitend kann ein namhafter Technologievorsprung ermöglicht und die Abhängigkeit von ausländischen Energieträgern verringert werden. Eine optimale Vernetzung der Universität mit den Fachhochschulen im Kanton Bern unterstützt diese Entwicklung massgebend und verleiht damit dem Standort Kanton Bern eine höhere Attraktivität bei Unternehmungen und Investoren.

Service Public und öffentlicher Verkehr für eine hohe Lebensqualität

Die SP/JUSO-Fraktion wird sich auch dafür einsetzen, dass wichtige Infrastrukturanlagen wie die Stromnetze in der öffentlichen Hand bleiben. Sie dürfen nicht der Gewinnmaximierung dienen, sondern sollen als Teil des Service Public zur Versorgungssicherheit beitragen. Die SP/JUSO-Fraktion will auch weiterhin gezielt den öffentlichen Verkehr ausbauen. Insbesondere in den Agglomerationen soll ein attraktives Angebot

geschaffen werden, das aus einer Verlagerung der finanziellen Mittel zu Lasten des Strassenbaus erfolgen muss. Nur so kann die Standortattraktivität für die Bevölkerung und die Wirtschaft gesteigert und eine weitere Zersiedlung der Landschaft unterbunden werden.

Gesunde Finanzen und gesunde Gemeinden

Für die SP/JUSO-Fraktion ist entscheidend, dass nur ein Kanton mit gesunden Finanzen auch ein handlungsfähiger Kanton ist. Diese Handlungsfähigkeit muss unbedingt auch in der Zukunft erhalten bleiben, um den Kanton als vorbildlichen Arbeitgeber zu positionieren. Steuerentlastungen sind in naher Zukunft nicht prioritär und dürfen nur dort vorgenommen werden, wo sie allen BewohnerInnen des Kantons etwas bringen und nicht nur den bereits Privilegierten. Das ist eine Frage der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Schliesslich soll der Fortschritt auch vor den Organisationsstrukturen des Kantons nicht halt machen. Nachdem die regionalen Verwaltungsstrukturen zukunftsfähig gestaltet wurden, sollen jetzt mit der Förderung von Gemeindefusionen auch die einzelnen Gemeinden für die weiter steigenden Herausforderungen fit gemacht werden. Dafür braucht es Anreize und fortschrittlich denkende KommunalpolitikerInnen.

Das Fraktionspräsidium

Margreth Schär, Bernhard Antener, Flavia Wasserfallen





Rückblick

Die Bildungsstrategie ist die richtungweisende Grundlage für die Bildungspolitik im Kanton Bern. Obschon das Tempo der Umsetzung in einzelnen Bereichen reduziert und die Reformhektik damit etwas gemildert wird, darf die Bildungspolitik nicht statisch werden. Die Gesellschaft verändert sich sehr schnell, die Technologien entwickeln sich, die Bildung muss dabei mithalten.

In der ersten Legislaturhälfte hat die SP die Bildungspolitik im Kanton stark geprägt und Erfolge erzielen können, sei es bei neuen Gesetzen (MiSG, Mittelschulgesetz) und Gesetzesrevisionen (VSG, Volksschulgesetz) oder Vorstössen (Zusätzliche Unterstützung für Realklassen, Tagesschulen, Schülertransporte, Videospiele/Fernsehkonsum). Besonders erfreulich ist die Einführung von Tagesschulen als schulergänzende Massnahme. Der Kanton Bern leistet hier auf Initiative der SP und verschiedener Partner Pionierarbeit.

Nicht verhindern konnte die SP die Ablehnung der Burnout-Motion, das Hinausschieben der Schulsozialarbeit auf 2012 und die Stärkung der Privatschulen (Selektion) zu Lasten der öffentlichen Schulen. Die Motion zur Verankerung der Schulsozialarbeit konnte leider nur als Postulat überwiesen werden.

Gesamthaft ist festzuhalten, dass die SP/JUSO-Fraktion im Bildungsbereich im Grossen Rat erfolgreich agierte und wichtige Impulse für den Bildungskanton Bern gab.

Pionierhaftes Volksschulgesetz mit Tagesschulen

Ausblick

Die SP/JUSO-Fraktion wird das Thema Bildung auch in Zukunft besetzen und richtungweisend prägen. Sie wird sich in der zweiten Halbzeit unter anderem mit der Basisstufe und der Abkehr von Jahrgangsklassen befassen. Wichtig ist auch die Realisierung einer integrativeren Schule, wofür es aber genügend Ressourcen braucht. In Zusammenhang zur Gesamtrevision VSG 2012 ist die Selektionsproblematik anzugehen. Die massiven Missstände verlangen umfassende Verbesserungen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Chancengerechtigkeit. Die Qualität der Volksschule ist ein immerwährendes Thema, dazu gehört auch die Qualität der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Privatisierungsgelüsten muss entgegengewirkt werden. Standardleistungstests wie im Projekt Bivos (Bildungsstandards in der Volksschule) müssen kritisch hinterfragt werden. Das Projekt HarmoS (Harmonisierung der obligatorischen Schule) wird von der SP unterstützt, denn es verstärkt mit der Einführung der Basisstufe die Chancengleichheit der Kinder und ermöglicht durch die Definition von gemeinsamen Bildungszielen und sprachregional einheitlichen Lehrplänen eine bessere Vernetzung unter den Volksschulen.

Im tertiären Bildungsbereich (Universität/Fachhochschulen/Pädagogische Hochschulen) wird sich die SP für eine gemeinsame gesetzliche Grundlage einsetzen, die eine vermehrte Vernetzung der Bildungsinstitutionen und damit eine Qualitätssteigerung ihrer Angebote bewirken kann.

Der Einsatz der SP/JUSO-Fraktion gegen Jugendarbeitslosigkeit ist eine Daueraufgabe. Beim kommenden Kulturförderungsgesetz werden wir uns dafür einsetzen, dass keine Kulturangebote gestrichen und die Unterschiede und Anliegen von Stadt und Land berücksichtigt werden.

Der Fachgruppenpräsident
Charles Stucki



Für eine
integrativere Schule
mit mehr Chancengerechtigkeit

Rückblick

Die SP/JUSO-Fraktion blickt auf sehr wichtige und zukunftsweisende energiepolitische Diskussionen in der ersten Hälfte der Legislatur zurück. Das wohl wichtigste Geschäft stellte die Energiestrategie 2006 des Kantons dar. Die Fraktion setzte sich mit Vehemenz dafür ein, dass die Energiestrategie 2006 – wie von der Regierung vorgeschlagen – vom Parlament zur Kenntnis genommen wird. Die Energiestrategie zielt mit der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz sowie dezentraler Produktion in eine gute Richtung. Sie zeigt auch auf, dass mit dieser Strategie im Kanton kein neues AKW nötig sein wird. Neben der Energiestrategie engagierte sich die SP in Form einer Stellungnahme zum Revisionsentwurf des Energiegesetzes, das nach der Sistierung durch die Bürgerlichen in überarbeiteter Form voraussichtlich Ende Legislatur im Rat behandelt werden wird.

Im Sinne der Energiestrategie wurde die SP-Standesinitiative zur Förderung der Energieeffizienz als Motion vom Rat überwiesen. Weiter wehrte sich die SP/JUSO-Fraktion mit Vorstössen gegen rein profitorientiertes Geschäftsgebaren der BKW, das gegen die Ziele der Energiestrategie verstösst: Sie kritisierte die Investitionen der BKW in Steinkohlekraftwerke in Deutschland und die Pläne für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes im Kanton Bern. Die SP/JUSO-Fraktion setzte sich zudem mit Vorstössen für eine sauberere Luft ein. Dies geschah mit einer Motion zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer sowie Vorstössen die den Kanton beauftragen, bei Neuanschaffungen nur noch Fahrzeuge mit Partikelfilter zu berücksichtigen. Weiter forderte die Fraktion, dass die Regierung gemeinsam mit anderen Kantonen ein Massnahmenpaket erarbeitet, das bei übermässigen Schadstoffbelastungen sofort umgesetzt werden kann.

Ein wichtiger Entscheid für einen starken und nachhaltigen öffentlichen Verkehr fiel mit der Zustimmung der Berner Bevölkerung zum Tram Bern West – ein bereits altes SP-Postulat, das nun umgesetzt wird.

Im Zeichen der
Energiezukunft
und der sauberen Luft

Ausblick

Die SP/JUSO-Fraktion wird sich weiterhin für mehr Klimaschutz, Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Kanton engagieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien. Folgerichtig lehnt die SP/JUSO-Fraktion mit Vehemenz den Bau neuer AKWs ab; ein solches ist der Energiestrategie zufolge nicht nötig. Deshalb wird auch das neue Energiegesetz einen Schwerpunkt der nächsten Jahre darstellen.

Die Fraktion wird weiter die Ausgaben für den Strassenverkehr im Auge behalten. Es sollen nur sehr zurückhaltend neue Strassen gebaut werden – Investitionen sollen vor allem in den Werterhalt bestehender Bausubstanzen fließen. Bei Bauvorlagen wird die SP/JUSO-Fraktion stets prüfen, ob sie energietechnisch dem aktuellsten Stand (Minergie, MinergieP) entsprechen, sie behindertengerecht gestaltet sind und den Ansprüchen der Gendergerechtigkeit genügen. Zudem wollen wir uns in der zweiten Legislaturhälfte für den Ausbau der Angebote im öffentlichen Verkehr nach Mitternacht einsetzen. Weiter planen wir Vorstösse, dass private und staatliche Unternehmungen verpflichtet werden, Instrumente zum Mobilitätsmanagement einzuführen.

Eine verantwortungsvolle Energiepolitik spielt in vielen Bereichen eine immer wichtigere Rolle. Es handelt sich um eine Querschnittsaufgabe. Die SP/JUSO-Fraktion wird auch in der zweiten Legislaturhälfte aufmerksam darauf achten, dass die nachhaltige Entwicklung des Kantons gemäss den Regierungsrichtlinien in allen Politbereichen zielgerichtet verfolgt wird.

Die Fachgruppenpräsidentin
Nadine Masshardt



Neue
Arbeitsplätze
durch die erneuerbaren Energien

Rückblick

Wirtschaftsförderung und Wirtschaftspolitik

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Konzentration der Wirtschaftsförderung auf die Stärken der Berner Wirtschaft. Wir begrüssen auch die neuen Nachhaltigkeits-Kriterien im sozialen und ökologischen Bereich zur Gewährung von geldwerten Leistungen an Unternehmen und die Konzentration auf die fünf Cluster.

Der Bericht des Regierungsrates über die Transparenz bei der Wirtschaftsförderung Kanton Bern geht auf die Initiative der SP/JUSO-Fraktion zurück.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die neue auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wachstumsstrategie der rot grünen Regierung. Die Schwerpunkte Wohnen und Arbeiten im Kanton Bern fördern die Attraktivität des Kantons Bern als Wohnstandort für Familien. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die aktive Politik des Regierungsrates im Bereich Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Lehrstellenkonferenz und der Lehrstellenbericht sind Grundlagen zur Verbesserung der Situation von arbeitslosen Jugendlichen im Kanton Bern. Dank einer Motion der SP/JUSO-Fraktion werden im Kanton Bern Flatrate oder All-inclusive-Parties verboten.

Landwirtschaftspolitik

Qualitätskriterien für eine ökologische und nachhaltige Landwirtschaftspolitik, wie sie der Regierungsrat nun umsetzt, sind seit langer Zeit eine Forderung der SP/JUSO-Fraktion.

Tourismus

Die SP/JUSO-Fraktion konnte in der kantonalen Zweitwohnungspolitik einen Erfolg verbuchen. Mit einer Motion wurde der Regierungsrat beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die betroffenen Tourismusgemeinden zur Minderung unerwünschter Effekte, wie hohem Landverbrauch, unerschwinglichen Mietzinsen für GemeindeeinwohnerInnen, finanzielle Mittel generieren können.

Für eine
nachhaltige
Entwicklung des Kantons Bern

Finanz- und Steuerpolitik

Die SP/JUSO-Fraktion betreibt eine Finanzpolitik, die durch die verfassungsmässige Erfüllung der Aufgaben geleitet ist und nicht rein monetären Strickmustern folgt. Nach zehn positiven Rechnungsabschlüssen ist die Finanzlage des Kantons Bern befriedigend. Der Kanton erfüllt seine Aufgaben, ohne sich weiter zu verschulden. Die SP/JUSO-Fraktion wird darüber wachen, dass sich der Kanton auch in seiner Finanzpolitik nachhaltig verhält.

Mit der Annahme des Volksvorschlags «Steuerliche Entlastung für Familien und Mittelstand – gegen Steuergeschenke für Spitzenverdiener» hat die SP/JUSO-Fraktion einen Grosse Erfolg erzielt. Mit einer eingereichten Motion der Fraktion wird der Steuerhinterziehung ein Riegel geschoben, für die SP/JUSO-Fraktion ein zwingender Punkt für eine transparentere und gerechtere Steuerpolitik des Kantons.

Personalpolitik

Mit dem Beschluss des Grossen Rates, für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte den Primatwechsel bei der beruflichen Vorsorge zu erzwingen, wurde gegen den geschlossenen Widerstand der SP/JUSO-Fraktion erneut eine Sparmassnahme beim Personal eingeleitet. Die Revision des Personalgesetzes wurde hingegen ohne wesentliche Verschlechterungen verabschiedet. Beim Familienzulagengesetz konnte die SP/JUSO-Fraktion erste Akzente setzen und sich erneut zugunsten von Familien und ihrer finanziellen Entlastung positionieren. Der Minimalansatz liegt bei 115 Prozent des Bundesatzes, was einer Kinderzulage von 230 Franken und einer Ausbildungszulage von 290 Franken entspricht – damit erhalten die Berner Familien endlich fairere Kinderzulagen und der Kanton Bern ist einen Schritt weiter in der Erhöhung seiner Standortattraktivität.

Eigentümerstrategie

Die Haltung des Regierungsrates und des Grossen Rates zu den kantonseigenen Betrieben und Anstalten ist nach wie vor zu wenig konsequent. Die BKW soll ihren Versorgungsauftrag erfüllen, ohne dass dadurch wesentliche Nachteile für die Bevölkerung entstehen. Die BEKB soll ihren Kurs weiterführen und keine finanziellen Risiken eingehen. Die SP/JUSO-Fraktion wird bürgerlichen Privatisierungsgelüsten von kantonseigenen Unternehmen weiterhin eine Absage erteilen.

Ausblick

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Wohnen und arbeiten im Kanton Bern können bei einer gezielten Planung grosse Vorteile für Familien bringen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Forderungen für die sich die SP/JUSO Fraktion weiterhin einsetzen wird.

Landwirtschaftspolitik

Der Kanton Bern muss sich weiterhin als Bio-Kanton positionieren. Die SP/JUSO-Fraktion wird sich auch in der zweiten Hälfte der Legislatur für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft einsetzen, für eine hohe Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens.

Finanz- und Steuerpolitik

Der Kanton Bern hat sich dank den positiven Rechnungsabschlüssen einen finanzpolitischen Spielraum verschafft. Dieser muss nun für Investitionen in die Bildung, Gesundheit und Umwelt sowie fürs Personal verwendet werden.

Die SP/JUSO-Fraktion erachtet weitere Steuersenkungen in naher Zukunft nicht als prioritär. Wenn das Belastungsniveau gesenkt werden soll, dann müssen sich die Massnahmen auf sozial vertretbare Bereiche konzentrieren.

Stärkung der Innovationspolitik

Personalpolitik

Die Umsetzung eines allfälligen Primatwechsels bei der BLVK (Pensionskasse der Lehrerinnen und Lehrer) und der BPK (Bernische Pensionskasse) muss sozialverträglich ausgestaltet werden. Der von den Bürgerlichen angestrebte Primatwechsel darf nicht zu Lasten der Angestellten und der LehrerInnen erfolgen. Der Besitzstand muss durch geeignete Massnahmen gewährt werden.

Finanzausgleich

Die SP/JUSO-Fraktion wird sich bei der Diskussion zur Weiterentwicklung des Finanz- und Lastenausgleichs im Kanton Bern (FILAG 2012) dafür einsetzen, dass die Errungenschaften und die Solidarität zwischen Stadt und Land weiterhin bestehen und gestärkt werden. Das FILAG muss ein finanztechnisches Instrument bleiben, um übergeordnete Ziele des Kantons zu verwirklichen.

Die Fachgruppenpräsidentin
Paula Ramseier



Rückblick

Die SP/JUSO-Fraktion hat sich in der ersten Hälfte dieser Legislatur für Vorstösse und Vorlagen zu den Themen Gesundheit, Alter, Menschen mit Behinderung, Jugend und Familie, soziale und berufliche Integration, Integration von MigrantInnen und dem Personal- und Gesundheitswesen engagiert.

Im Bereich Gesundheit prägten die Qualität und Quantität der Gesundheitsversorgung die Diskussion. Die Spitalversorgungsplanung 2007–2010 wurde von der Fraktion unterstützt. Einen Erfolg erzielte die Fraktion mit der Überweisung der Motion zu Massnahmen gegen den Hausärztemangel. Die Forderung nach der Führung eines Krebsregisters konnte als Postulat überwiesen werden.

Im Bereich Gleichstellung von Menschen mit Behinderung konnte die SP/JUSO-Fraktion zwei wesentliche Erfolge erzielen: Zum einen konnte die Forderung für die Objektfinanzierung als Postulat überwiesen werden. Damit sollen die Gelder für Lebensunterhalt und Betreuung wenn immer möglich den betroffenen Personen direkt ausgerichtet werden und nicht einer Institution. Zum anderen wurde eine «alte» Forderung, den Wechsel der Zuständigkeit für die Sonderschulen von der GEF zur ERZ endlich zu vollziehen, verbindlich als Motion überwiesen. So werden Bildung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung derjenigen «ohne Behinderung» gleichgestellt. Auf Antrag der SP/JUSO-Fraktion und den Grünen hat der Grosse Rat das Budget für die Finanzierung der Behindertentransporte um zwei Millionen Franken aufgestockt - ohne dass die verlangte Summe direktionsintern eingespart werden muss! Die Forderung nach einer kantonalen Gleichstellungsfachstelle für die Umsetzung des Behindertengesetzes wurde in Form eines Postulates überwiesen.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstütze die Forderung, in den Sozialdiensten vermehrten Datenaustausch mit anderen Behördenstellen zuzulassen. Allerdings forderte sie auch, dass die Fallzahl pro SozialarbeiterIn in den Sozialdiensten zu reduzieren sei. Die Fraktion machte in der Diskussion klar, dass genügend Stellenprozente in den Sozialdiensten die beste Prävention gegen Sozialhilfemissbrauch darstellen.

Viele
Verbesserungen
für Menschen mit Behinderung

Ausblick

Die SP/JUSO-Fraktion wird sich bei der Beratung des FILAG 2012 dafür einsetzen, dass die Errungenschaften und Solidarität zwischen Stadt und Land in Form des Sozialhilfelaustauschs nicht aufgegeben werden. Sie wird ein besonderes Augenmerk auf die familienexterne Kinderbetreuung und die Sozialhilfe richten.

Die SP/JUSO-Fraktion wird sich weiter dafür stark machen, dass Massnahmen zur Unterstützung von Menschen, die ihre Angehörigen zu Haus pflegen, gesetzlich verankert werden.

Die Integration von MigrantInnen und AusländerInnen muss mit konkreten und fairen Regeln und Massnahmen ausgestaltet werden – ein Anliegen, das die SP/JUSO-Fraktion weiterverfolgen wird.

Bern als Universitätsstadt muss weiter ein Standort für Spitzenmedizin bleiben und die Vernetzung zwischen medizinischer Forschung und Praxis muss ausgebaut werden.

Die SP/JUSO-Fraktion wird sich in der offenen Jugendarbeit nach Ablauf des Rahmenkredits für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Es ist unbestritten, dass die offene Jugendarbeit eine wichtige Form der Jugendkultur ermöglicht, eine integrative und präventive Funktion beinhaltet und dadurch eine wichtige Rolle für die Gesellschaft wahrnimmt.

Die Fachgruppenpräsidentin
Beatrice Stucki



Angemessene
Unterstützung
für Menschen,
die Angehörige pflegen

Rückblick

Die SP/JUSO-Fraktion hat sich in der ersten Legislaturhälfte sehr stark für sicherheitspolitische Anliegen eingesetzt: Im Grossen Rat und in der vorbereitenden Kommission wurde die Gesetzesvorlage so vorbereitet, dass Police Bern in der Volksabstimmung vom März 2007 mit grossem Mehr im ganzen Kanton angenommen wurde. Unterstützung fanden im Parlament verschiedene SP/JUSO-Vorstösse zu Sicherheitsfragen, etwa die Forderung nach einer Bewilligungspflicht und strengerer Kontrolle für private Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen.

Einen grossen Erfolg erzielte die SP/JUSO-Fraktion mit der Überweisung der Motion zum Stimmrechtsalter 16. Über eine definitive Senkung des Stimmrechtsalters wird damit in absehbarer Zeit an der Urne entschieden.

An einer bürgerlichen Mehrheit gescheitert ist hingegen die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene Ausländer – ein Postulat, das in anderen Kantonen offensiver angegangen wird.

Das Anliegen einer Proporzwahl des Regierungsrats wurde als Motion an den Regierungsrat überwiesen, der entsprechende Bericht wird im Herbst dieses Jahres im Grossen Rat behandelt.

In der Abstimmung vom 20. November 2006 sprachen sich die Wahlberechtigten deutlich für die von der SP initiierte Reform der dezentralen Verwaltung aus. Die Umsetzung gestaltete die SP/JUSO-Fraktion aktiv mit, etwa mit der Forderung nach einer Anpassung der Wahlkreise an die neuen Verwaltungskreise.

Erfolgreich verteidigte die SP/JUSO-Fraktion die L-Bewilligungen für Tänzerinnen und die Forderung nach besserer Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Dancinbetreibern. Einen wichtigen Schritt erhofft sich die Fraktion auch mit der Überweisung des Postulates, welches die Anstellung von PolizistInnen ausländischer Herkunft prüfen soll.

Stimmrechtsalter 16

für den Kanton Bern

Ausblick

Bei der Regelung der Gerichtsbarkeit im Rahmen der anstehenden Justizreform tendiert die SP/JUSO-Fraktion zu einem Jugendanwaltschaftsmodell. Sie ist überzeugt, dass die Personalunion zwischen untersuchender und urteilender Behörde weder gerecht noch zeitkonform ist.

Ein weiterer Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der Legislatur wird für die SP/JUSO-Fraktion die Umsetzung der Justizreform II mit besonderem Augenmerk auf die Ausgestaltung der Schlichtungsstellen in Fragen des Miet- und Arbeitsrechts sowie von Gleichstellungsfragen sein. Im Rahmen der Förderung von Gemeindefusionen wird die SP/JUSO-Fraktion sich unter anderem bei der FILAG-Revision und bei der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden einbringen. Betreffend der kommunalen Strukturen, wird sich die SP für verstärkte Anreize mit dem Ziel von Gemeindefusionen einsetzen, damit nach den erfolgten Reformen auf der kantonalen Ebene auch auf der kommunalen neue Akzente gesetzt und die Gemeindenstrukturen gestrafft werden können.

Der Fachgruppenpräsident
Christoph Ammann



Für
Schlichtungsstellen
im Miet- und Arbeitsrecht

Impressum

Ausarbeitung und Redaktion

Margreth Schär, Präsidentin SP-Fraktion

Bernhard Antener, Vizepräsident SP-Fraktion

Flavia Wasserfallen, Vizepräsidentin SP-Fraktion

Angelika Neuhaus, Fraktionssekretärin SP Kanton Bern

Daniel Furter, Parteisekretär SP Kanton Bern

Präsidien der fraktionsinternen Fachgruppen

Gestaltung

upart, Bern; Kurt Bläuer, Bern

Druck

Wälti Druck, Ostermundigen

Auflage

500 Exemplare

Bern, Juni 2008